



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@ira-
ed.de

Erding, 21.07.2010
Az.:

7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.07.2010

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Baumgartner, Gabriele

Dieckmann, Ulla

Dr. Kubo, Reinhard

Utz, Peter

Vogelfänger, Cornelia

i.V.v. Parthier Nadja

Stimmberechtigte Mitglieder

Brunner-Schlegl, Sonja

Driessen, Martine

Huber, Barbara

Jarmurskewitz, Andrea

Tuschl, Cornelia

i.V.v. Schwaiger Birgit

Beratende Mitglieder

Deischi, Jakob

Diemer, Elisabeth

Grabert, Bernd

Junker-Sturm, Margit Kreiskatholikenrätin

Katzschner, Klaus

Krüger Kati



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Kohout, Caroline

Grabert Bernd

Gebauer Bernhard zu TOP 1

Diemer Elisabeth

Mayer, Elfriede (Protokoll)

Centner, Christina

Ferner nehmen teil:

Schulleiter Herrn Braun, Klassenleiter Herrn Mooser und Diplomsozialpädagogin Frau Walde zu TOP 2

Frau Huber Barbara und Herrn Bahr zu TOP 3

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Personalwesen
Organisationsuntersuchung im Jugendamt; Vorstellung der Ergebnisse
Vorlage: 2010/0727
2. Jugendhilfe
Vorstellung der Arbeit in der Ganztagsintensivklasse (GIK) an der Heimvolksschule St. Josef in Wartenberg
Vorlage: 2010/0719
3. Jugendhilfe
Vorstellung der Tätigkeit der Brücke Erding e.V.
Vorlage: 2010/0720
4. Bekanntgaben und Anfragen

Öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.07.2010



LANDKREIS
ERDING

1. Personalwesen Organisationsuntersuchung im Jugendamt; Vorstellung der Ergebnisse Vorlage: 2010/0727

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende erklärt, die Organisationsuntersuchung im Jugendamt habe das Institut für Sozialplanung und Organisationsentwicklung e.V. (INSO) durchgeführt.

Damit sei geplant, mit noch mehr Effizienz zu arbeiten und durch Umstrukturierungen auch teilweise einen Strategiewechsel zu erreichen. Dabei solle der Bereich Erziehungshilfe personell gestärkt und ausgebaut und der Bereich Sozialpädagogische Familienhilfe komplett ausgelagert werden, um Kapazitäten frei zu bekommen.

Er begrüßt dazu Herrn Gebauer, Abteilungsleiter 2 und bittet ihn um Vorstellung der Ergebnisse.

Herr Gebauer erklärt, Herr Szlapka habe die Organisationsuntersuchung durchgeführt und bereits im Kreisausschuss vorgestellt. Herr Gebauer selbst habe dann die Ergebnisse auch im Kreistag erläutert.

Die Organisationsuntersuchung habe ca. 1 ¼ Jahre gedauert. Das Jugendamt habe laufend steigende Fallzahlen. Aufgrund der Organisationsuntersuchung sei eine Dienstanweisung für Kindswohlfährdungen nach § 8a SGB VIII erstellt worden, um den Mitarbeitern in allen sozialen Fachdiensten im Jugendamt eine Hilfestellung zu geben. Weiter sei ein einheitlicher Diagnosebogen, ein Fallweitergabeformular mit einem genauen Ablaufschema vom Falleingang bis zur Übergabe an die Erziehungshilfe erstellt worden, damit andere Fachdienste von der bisherigen Bearbeitung Kenntnis erhalten und keine Doppelbearbeitung erforderlich sei. Es seien die Arbeitsabläufe dargestellt worden, z.B. welche Aufgaben hinter der Bearbeitung eines Falles zu erledigen seien. Eine wesentliche Veränderung sei die Schaffung einer Schnittstelle zwischen Pflegekinderdienst und Erziehungshilfe, um Doppelzuständigkeiten zu vermeiden.

Ein weiteres wesentliches Ergebnis sei die Auflösung der kreiseigenen Sozialpädagogischen Familienhilfe (SPFH) gewesen. Es sei festgestellt worden, dass das externe Angebot günstiger sei als die interne SPFH. Die damit verbundene Kosteneinsparung sei rd. 35.000 € bei gleichbleibenden Fallzahlen.

Im Bereich der Erziehungshilfe seien insgesamt vier Stellen neu geschaffen worden, hierbei würden aber noch zwei Mitarbeiter fehlen. Die Fallzahlen pro Mitarbeiter konnten aber bereits gesenkt werden.

Im Zuge der Auflösung der SPFH sei überlegt worden, wie die Erziehungshilfe unterstützt werden könnte. Es sei daraufhin der Fachdienst „kurzfristige systemorientierte ambulante Erziehungshilfe (KSE)“ geschaffen worden, um gezielt festzustellen, wo konkrete Jugendhilfemaßnahmen

erforderlich seien, etc. Diese Erziehungshilfe werde im Einzelfall max. acht Monate durchführt.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Als weiterer wesentlicher Punkt sei festgestellt worden, dass eine Zusammenführung des Sachgebiets 23 und Sachgebiets 24 besser sei. Die bisherigen Sachgebiete des Kreisjugendamts werden künftig in zwei große Bereiche gegliedert, in die Erziehungsberatungsstelle als eigenständige Institution und den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie.

Der Bereich „Kinder, Jugend und Familie“ werde wiederum in vier Unterarbeitsbereiche gegliedert: Allgemeine Verwaltung; Bildung, Erziehung und Betreuung; Soziale Dienste; Gerichtsdienste und Jugendarbeit.

Die „Allgemeine Verwaltung“ gliedert sich in die Wirtschaftliche Jugendhilfe und UVG. Der Bereich „Bildung, Erziehung und Betreuung“ gliedert sich in Kindergärten, Tagespflege; Mündelgeldbuchhaltung; Amtsvormundschaften und Beurkundungen.

Die zwei sonderpädagogischen Ebenen gliedern sich in „Soziale Dienste“ und „Gerichtsdienste und Jugendarbeit“.

Der Bereich „Soziale Dienste“ gliedert sich in Erziehungshilfe; Familienberatung (SPFH); Jugendsozialarbeit an Schulen; Pflegekinder. Der Bereich „Gerichtsdienst und Jugendarbeit“ gliedert sich in Familiengerichtshilfe; Jugendgerichtshilfe; Adoption; Kommunale Jugendarbeit; Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz.

Kreisrätin Dieckmann wünscht, das Organigramm zu bekommen.

Herr Gebauer merkt weiter an, um eine einheitliche Fallsteuerung und einen Ansprechpartner zu bekommen sei eine Teamleitung geschaffen worden, die auch weisungsbefugt sei.

Er ergänzt, bisher sei die Tagesmütterbetreuung nur durch Verwaltungspersonal ohne sozialpädagogische Fachberatung erfolgt. Aufgrund der steigenden Kinderbetreuungseinrichtungen (21 im Jahr 2000 und 83 im Jahr 2010) werde künftig auch eine Fachberatung für Tagesmütter angeboten.

Kreisrätin Vogelfänger fragt, ob die Sozialpädagogin zusätzlich eingestellt werde.

Herr Gebauer antwortet nein, die Sozialpädagogin für den Kindergartenbereich werde auch die Tagesmütter bei Problemen beraten.

Frau Brunner-Schlegl fragt, ob die Jugendhilfeplanung insgesamt überarbeitet werde, nicht nur im Bereich der Zuschüsse.

Herr Gebauer sagt, die Jugendhilfeplanung werde komplett überplant. Ein Gedanke von ihm sei gewesen, und der sei vom Vorsitzenden unterstützt worden, zunächst mit einer Sozialraumanalyse Vergleiche (z.B. mit den Landkreisen Ebersberg und Freising) zu ziehen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrätin Dieckmann fragt, ob durch die Auflösung der SPFH Personal ausgestellt werden musste.

Der Vorsitzende sagt, die Sozialpädagogische Familienhilfe sei ein spezieller Bereich, der ausgelagert worden sei. Wie bereits berichtet seien vier zusätzlich Stellen geschaffen worden. Dazu sei auch noch die KoKi-Stelle gekommen.

Herr Grabert ergänzt, eine der Sozialpädagoginnen habe eine freie Stelle der Jugendsozialarbeit im Förderzentrum Dorfen übernommen.

Herr Gebauer weist darauf hin, insgesamt seien mehr Sozialpädagoginnen eingestellt und keine Stelle wegrationalisiert worden. Im Gegenteil, es seien bestimmte Bereiche ausgeweitet worden.

Der Vorsitzende ergänzt, man erhoffe sich durch die gezieltere Bearbeitung der Fälle (z.B. Überprüfung in kürzeren Intervallen, Abbruch einer Maßnahme, wenn sie nicht den gewünschten Erfolg zeige, etc.) auch eine gewisse Kostenersparnis.

Herr Grabert erklärt, es seien sämtliche Abläufe (Erstkontakte, Fallberatung, etc.) im Jugendamt bestimmt worden. Er erklärt den Ablauf einer Maßnahme. Sollte eine Maßnahme erforderlich sein, werde zu einem ersten Gespräch eingeladen. Aufgrund des Gespräches werde den Eltern mitgeteilt, welche Möglichkeiten sie für ihr Kind haben. Es werde auch mitgeteilt, dass sie mit einem entsprechenden Einkommen einen Beitrag zu leisten haben. Es werde zudem eine Einverständniserklärung verlangt, um z.B. mit Psychologen, Ärzten, etc. Kontakt aufzunehmen zu dürfen. Darauf werde dann mit zwei Fachkräften, dem Sachgebietsleiter und einem Vertreter aus dem Bereich wirtschaftliche Hilfen beraten, welche Maßnahme sinnvoll sei. Bei einer größeren Maßnahme müsse mit den Leistungsträgern Kontakt aufgenommen werden. Die Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten sei derzeit schwierig und langwierig, weil die Einrichtungen oft sehr lange Wartenlisten haben. Es werde versucht, ortsnahe Einrichtungen zu finden, um den Kontakt zu den Eltern weiterhin gewährleisten zu können. Es werde auch versucht, eine kostengünstige und qualitativ gute Einrichtung zu bekommen. Im Weiteren werde erneut der Kontakt mit den Eltern und Jugendlichen aufgenommen und der Termin der Unterbringung vereinbart. In der Einrichtung werden dann die Defizite des Jugendlichen dargestellt, um zielgenau und zeitlich begrenzt einen Erfolg für den Jugendlichen zu erzielen. In gewissen Abständen (1/2 Jahr) werde überprüft, ob die Ziele erreicht worden sind, wie die Entwicklung des Jugendlichen sei, etc. Oft gebe es bei Problemen auch telefonische Gespräche. Sollte eine Maßnahme nicht erfolgreich sein werde geprüft, warum die Ziele nicht erreicht worden sind, etc. Sollte sich herausstellen, dass es für den Jugendlichen nicht die richtige Maßnahme gewesen sei, werde eine therapeutische Maßnahme oder eine andere Einrichtung gesucht. Bei einem guten Verlauf könne nach zwei bis drei Jahren eine Maßnahme beendet werden. Es werden auch Maßnahmen abgebrochen, wenn sich z.B. ein Jugendlicher an keine Vorgaben hält oder bei einem Wegzug. Leider sei festzustellen, dass mehr Jugendliche mit Problemen in den Landkreis ziehen als wegziehen.



Kreisrätin Dieckmann denkt, es müsste mehr Einrichtungen für diese Jugendlichen geben.

Herr Grabert antwortet, es sei schwierig, einen Träger zu finden, der neue Plätze und neue Gruppen einrichtet. Dies sei auch zeitweise unterschiedlich. Zum Beispiel sei im letzten Jahr eine Zeit gewesen, wo kein Jugendlicher untergebracht werden konnte. Zwischenzeitlich habe sich die Situation wieder gebessert. Es seien Bestrebungen und Bemühungen mit im Landkreis ansässigen Einrichtungen im Gange, Notfallplätze für Jugendliche zu schaffen, die nicht in einer Bereitschaftspflegestelle untergebracht werden können.

**LANDKREIS
ERDING**

Büro des Landrats
BL

Bei ARuSO versucht ein Mitarbeiter, die Jugendlichen zu vermitteln. Derzeit sei das Problem festzustellen, dass immer mehr 18 – 21-Jährige mit psychischen Auffälligkeiten kommen und Anspruch auf eine Einrichtung haben. Ab 21 Jahre wechseln die Jugendlichen in die Zuständigkeit des Bezirkes.

Frau Driessen fragt, ob es die Möglichkeit gibt, das Protokoll wieder zu bekommen.

Frau Kohout sagt, über die Homepage des Landkreises, Politik und Wirtschaft, Sitzungsdienst online, Bürgerinformationssystem haben alle einen Zugriff auf die öffentlichen Protokolle.

Der Vorsitzende ergänzt, auch das Organigramm werde öffentlich einsehbar sein.

Daraufhin fasst der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

JHA/0019-14

Die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung im Jugendamt werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**

2. Jugendhilfe

**Vorstellung der Arbeit in der Ganztagsintensivklasse (GIK) an der Heimvolksschule St. Josef in Wartenberg
Vorlage: 2010/0719**

Der Vorsitzende berichtet, seit dem Schuljahr 2008/2009 werde das Projekt „Ganztagesintensivklasse“ an der Heimvolksschule St. Josef in Wartenberg angeboten.

Der Lions-Club leistet dabei einen erheblichen Beitrag und gewährleistet, dass das Projekt auch künftig durchgeführt werden könne.

Er sei auch den Bürgermeistern dankbar, die entsprechende Zuschüsse geben, wenn ein Jugendlicher aus der Gemeinde diese GIK-Klasse besucht.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Er weist darauf hin, dass eigentlich nicht der Landkreis für die Hauptschulen zuständig sei, sondern die Gemeinden.

Er begrüßt den Schulleiter Herrn Braun, den Klassenleiter Herrn Mooser und die Diplomsozialpädagogin Frau Walde.

Schulleiter Braun berichtet, die GIK sei in staatlicher Trägerschaft. Er bedankt sich bei allen, die das Projekt unterstützen. Die GIK kümmere sich um sehr wenige Schüler mit viel Personal. Er stellt fest, Prävention sei billiger als Therapie.

Herr Mooser berichtet, im Schuljahr 2008/2009 haben fünf Schüler den Hauptschulabschluss geschafft und eine Ausbildungsstelle bekommen. Von den fünf Schülern seien vier noch in der Ausbildung. Einer habe die Lehre abgebrochen und werde zum 01.09. eine andere Ausbildung beginnen. Auch heuer haben alle fünf Schüler den Hauptschulabschluss gemacht. Drei haben schon einen Ausbildungsplatz, ein Schüler werde die Krankenpflegeschule in Ebersberg besuchen, denn er möchte Rettungsassistent werden. Ein Schüler habe in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit eine Stelle als Koch in Aussicht. Zum Schuljahr 2010/2011 werden wieder 11 Schüler in der GIK beginnen.

Das Besondere an der GIK sei die Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, dem Sozialpädiatrischen Zentrum (SPZ) in Landshut und der Schule. Die GIK werde zusätzlich vom Lions-Club finanziell und auch mit Praktikumsplätzen unterstützt. Er berichtet, innerhalb der drei Institutionen sei die Schweigepflicht aufgehoben. Es könne deshalb sehr direkt zusammengearbeitet werden.

Ziel sei, die Jugendlichen, die Schwierigkeiten im Alltagsleben oder eine geringe Aussicht auf einen Schulabschluss haben, zum Schulabschluss zu bringen, die Lern- und Leistungsbereitschaft zu steigern, sprachliche Interessen und Begabungen zu fördern, sie dazu zu bringen, dass sie sich an eine geregelte und strukturierte Lebensführung gewöhnen, das Selbstwertgefühl aufzubauen und zu festigen, etc. Zudem werden die Schüler angeleitet, die Freizeit sinnvoll zu gestalten und sich weiter zu entwickeln.

Frau Walde ergänzt, es werde versucht, individuell auf die Schüler einzugehen. Dabei sei es wichtig, dass die Schüler freiwillig daran teilnehmen.

Frau Driessen fragt, wie die Kooperation mit den Eltern sei.

Herr Mooser antwortet, ohne eine Zusammenarbeit mit den Eltern sei der Besuch der GIK nicht möglich. Die Zusammenarbeit werde auch eingefordert und sei ein Aufnahmekriterium bei der Bewerbung. Es werde eine Ganztagesbeschulung geboten. Schulschluss sei in der Regel 16.00 Uhr. Die Schüler haben bereits ihre Hausaufgaben erledigt. Die Eltern werden dadurch auch entlastet, damit sich das Verhältnis zwischen den Kindern und Eltern auch wieder verbessern könne.

Der Vorsitzende merkt an, das Projekt könne nur erfolgreich sein, wenn viele zusammenwirken (Jugendamt, finanzielle Beteiligung des Lions-Clubs und der Hilfe bei den Praktikumsplätzen, Beteiligung der Gemeinde



pro Schüler mit 1.000 € aus der Gemeinde). Auch der Finanzierungsanteil über das Projekt der offenen Ganztageschule des Freistaats Bayern sei notwendig. Der Landkreis beteilige sich mit dem Kosten für die Sozialpädagogin. Die Aufnahme in eine GIK-Klasse sei nicht in jedem Fall möglich. Auch eine Trennung während des Schuljahres sei schon der Fall gewesen.

Herr Mooser berichtet, im ersten Schuljahr sei die Klasse mit 11 Schülern gestartet. Es haben zwei Schüler entlassen werden müssen, weil sie sich selbst und auch andere gefährdet haben.

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende sagt, von professionellen Schulabbrechern bis hin zu Schülern mit Jugendstraftaten sei eine Aufnahme möglich.

Herr Grabert ergänzt, in der überwiegenden Zahl seien die Jugendlichen Schulverweigerer oder Schulschwänzer ohne Schulabschluss. Es handle sich nicht um Kriminelle.

Kreisrätin Dieckmann fragt, ob auch Mädchen in der GIK-Klasse aufgenommen werden.

Schulleiter Braun sagt, ursprünglich habe sich ein Mädchen aus Erding beworben. Doch sei eine Aufnahme für nicht gut erachtet worden. Es sei eine andere Unterbringungsmöglichkeit gesucht worden.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

JHA/0020-14

Von den Ausführungen über die Arbeit in der Ganztagsintensivklasse (GIK) an der Heimvolksschule St. Josef in Wartenberg wird Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführung und wünscht weiterhin viel Erfolg mit dem Projekt.

3. Jugendhilfe **Vorstellung der Tätigkeit der Brücke Erding e.V.** **Vorlage: 2010/0720**

Der Vorsitzende bittet Frau Huber Barbara und Herrn Bahr um Ausführung.

Frau Huber berichtet, die Brücke Erding e.V. sei am 05. Juni 1985 gegründet worden. Zum 25jährigen Jubiläum sei geplant, keine große Veranstaltung zu machen, sondern in diesem Jahr viele kleine Veranstaltungen durchzuführen und über die Arbeit zu berichten.



LANDKREIS
ERDING

Gründungsmitglieder waren hauptamtlich tätige Personen in der Jugendhilfe, wie der Leiter des Katholischen Bildungswerkes, der damalige Leiter des Jugendamtes Erding, die damalige Leiterin der Erziehungsberatungsstelle, Vertreter der Bewährungshilfe, die Kath. Jugendpflegerin des Landkreises Erding sowie Vertreter aus der Politik. Viele Kolleginnen und Kollegen seien seit Jahren schon bei der Brücke e.V. tätig.

Ziel sei die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen bei der Überwindung von Krisen, die Entwicklung einer eigenverantwortlichen und sozialen Persönlichkeit, die Förderung positiver Eigenschaften und der Ausgleich und die Überwindung sozialer Benachteiligungen und individuelle Beeinträchtigungen.

Büro des Landrats
BL

Der Vereinszweck sei die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen, jungen Erwachsenen, deren Familien und den dazugehörigen sozialen Systemen.

Die Schwerpunkte haben sich von der straffälligen Hilfe verändert und erweitert. Es sei die Beratung und Betreuung von Jugendlichen in schwierigen psychosozialen Situationen und 1996 die Jugendsozialarbeit an Schulen dazugekommen, seit 2003 werde auch die Durchführung von offener Kinder- und Jugendarbeit angeboten. Heute sei es kein Thema mehr, dass die soziale Arbeit an den Schulen einen wichtigen Beitrag leistet.

Die Brücke e.V. verstehe sich als Netzwerk der Jugendhilfe, der offenen Jugendarbeit und der Jugendarbeit. Sie beziehe öffentlich Stellung zu Fragen aus den Fachbereichen und erhält und entwickelt ihre fachlichen Standards kontinuierlich weiter (Fortbildung der Mitarbeiter).

Zur Struktur merkt Frau Huber an, die Brücke e.V. sei mittlerweile tätig bei Betreuungsweisungen/Sozialdienste, bei Erziehungsbeistandschaften und in der sozialpädagogischen/therapeutischen Familienhilfe. In der mobilen Jugendhilfe sei die Brücke e.V. seit ca. drei Jahren im Raum Dorfen in Kooperation mit 6 Gemeinden (Dorfen, Sankt Wolfgang, Isen, Schwindegg Buchbach und Taufkirchen/Vils) tätig. Die Tätigkeit zeigt, dass junge Leute oft viel Unsinn machen, nur weil ihnen langweilig sei. Es werden den Jugendlichen Angebote gemacht, etc.

Die Jugendsozialarbeit und die Berufsorientierung an Schulen seien sehr wichtig. Die Angebote werden an den Hauptschulen gemacht. In dem Bereich sei die Brücke e.V. in vier Schulen tätig (Altenerding, Lodererplatz, Taufkirchen/Vils und Wörth). An der Berufsschule gebe es seit einem Jahr ein Berufsvorbereitungsjahr Kooperative, dass sehr erfolgreich sei. Die Hälfte der Jugendlichen haben eine Ausbildung beginnen können.

Die Brücke e.V. arbeitet auch mit arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahre der ARuSO zusammen. Mittlerweile seien auch über 25-Jährige im Projekt. Das Projekt werde seit drei Jahren angeboten.

Die Schulsozialarbeit werde an den Hauptschulen Dorfen, Wörth, Finsing und Oberding, der Berufsschule Erding, in den Grundschulen in der Stadt Erding, in der Grundschule in Bockhorn und Walpertkirchen und in den Gymnasien in Erding angeboten.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Das Angebot der offenen Ganztageschule sei ein freiwilliges schulisches Angebot des Förderzentrums Erding und des Förderzentrums Dorfen und der Hauptschule Finsing.

Die Mittagsbetreuung werde seit einem Jahr am Förderzentrum Erding angeboten. Sie hofft, dass die Mittagsbetreuung in der Finanzierung politisch einen ähnlichen Stand bekommt wie die offene Ganztageschule.

Weitere Projekte seien der offene Jugendtreff in Wörth/Hörlkofen und der offene Jugendtreff „Bingo“ in Dorfen und die gemeindliche Jugendarbeit in Oberding.

Die Finanzierung erfolgt die den Landkreis, die Reg. v. Obb, die Gemeinden und durch Spenden und Bußgelder.

Kreisrätin Dieckmann meint, das Angebot der Schulsozialarbeit an den Gymnasien könnte in einem größeren Umfang angeboten werden. Das Angebot sei bisher nur stundenweise. Sie denkt, die Schulsozialarbeit sei an allen Schulen notwendig.

Frau Huber weist darauf hin, dass sie nach der Sitzung Flyer der Brücke e.V. verteilen werde. Sie würde sich freuen, wenn auch neue Mitglieder gewonnen werden könnten.

Herr Bahr merkt an, er arbeite seit 1990 für den Landkreis und die Brücke Erding e.V. Im Weiteren berichtet er über seine vielseitige Arbeit mit den Jugendlichen und die verschiedenen Projekte.

Frau Krüger verweist auf den Vorlagebericht. Es steht: die Brücke Erding e.V. bietet Beratungsgespräche und Clearings an. Sie fragt, was unter Clearings zu verstehen sei.

Herr Bahr antwortet, in einem Clearinggespräch werde bei Beginn einer Maßnahme abgeklärt, ob eine Maßnahme stattfinden kann und welcher Bedarf sei.

Frau Brunner-Schlegl merkt an, früher sei das Angebot „Betreutes Wohnen“ eine klare Aufgabe der Brücke Erding e.V. gewesen. Sie fragt, ob das noch aktuell sei.

Frau Huber antwortet, es gebe nur vereinzelt Nachfragen.

Herr Gabert merkt an, in Erding sei das Problem, bezahlbare Appartements und Wohnmöglichkeiten für ein „Betreutes Wohnen“ zu finden. Früher sei die Belegungsmöglichkeit am Personalgebäude des Kreiskrankenhauses Erding gewesen. Aufgrund der großen Eigennutzung gebe es diese Möglichkeit nicht mehr. Das Angebot gebe es jedoch nach wie vor.

Daraufhin bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

JHA/0021-14

Von den Ausführungen über die Arbeit der Brücke Erding e.V. wird Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 0 Stimmen.**

4. Bekanntgaben und Anfragen

Herr Grabert verweist auf den ausgeteilten Sitzungskalender mit den Terminen bis 31.12.2010. Die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses sei für 20.10.2010 geplant.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet **der Vorsitzende** die Sitzung des Jugendhilfeausschusses um 16.45 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte